

Lürbke: Vertrauen zurück gewinnen

Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss soll die Ereignisse am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht aufklären. Auf Initiative von FDP und CDU hat der Landtag nun das Gremium eingesetzt. Der Untersuchungsauftrag erstreckt sich etwa auf die Personalsituation der Polizei, die sogenannten Hogesa-Krawalle in Köln im Jahr 2014 sowie die sexuelle Gewalt gegenüber Frauen und sogenannte No-Go-Areas. FDP-Innenexperte Marc Lürbke nannte die Silvesternacht eine „Zäsur für das Sicherheitsgefühl“ der Bevölkerung. Das Vertrauen in den Rechtsstaat sei „in erheblichem Maß“ beschädigt worden. Folge seien „erste Formen der Selbstjustiz“ und Bürgerwehren. „Das ist ein brandgefährlicher Trend, den wir nicht dulden können und wollen.“ Daher sei es Aufgabe des Untersuchungsausschusses, Vertrauen zurückzugewinnen. Es sei eine „lückenlose Aufarbeitung“ notwendig.

→ [Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses](#)

→ [FDP-Entschließungsantrag: Opfer nicht aus dem Blick verlieren und helfen](#)

→ [FDP-Entschließungsantrag: Sicherheit in Bussen, Bahnen und an Haltestellen in NRW verbessern](#)

→ [FDP-Entschließungsantrag: Anlassbezogenen und situationsangemessenen Einsatz von Body-Cams ermöglichen](#)

Lindner: Populisten klein machen, Probleme lösen

Die Erklärung der Ministerpräsidentin, nicht für öffentliche Auseinandersetzungen mit der AfD zur Verfügung zu stehen, hatte ein parlamentarisches Nachspiel. In einer Aktuellen Stunde debattierten die Abgeordneten über den Umgang mit Rechtspopulisten. FDP-Fraktionschef Lindner stellte klar: „Mit Symboldebatten, Blockade und Schuldzuweisungen macht die Regierung die Rechtspopulisten groß. Wieder klein macht man sie mit entschlossenem Handeln und Problemlösungen.“ An Problemlösungen mangle es allerdings. Während die Union über einen Plan A2 zur Lösung der Flüchtlingskrise fabuliere, wünschte man sich, Plan A1 der Bundeskanzlerin zu kennen. Mit der AfD müsse man „nüchtern und fachlich“ über Sachfragen sprechen. Dann könne man entlarven, dass die AfD die Krise nicht lösen kann und auch gar nicht will. „Denn die Flüchtlingskrise begreifen die ja als Geschenk, wie Herr Gauland gesagt hat. Eine Partei, die Krisen herbeisehnt, um durch sie zu wachsen, darf in Deutschland niemals wieder politische Bedeutung erlangen“, so Lindner. Für einen Eklat sorgte SPD-Fraktionschef Norbert Römer mit dem Vorwurf, einzelne CDU-Abgeordnete seien „längst mit dem rechtspopulistischen Virus dieser Partei (AfD) infiziert“. FDP-Chef Lindner kritisierte Römer daraufhin scharf: „Wenn Sie CDU-Kollegen Rechtspopulismus vorwerfen, dann verharmlosen Sie die wahren Feinde unserer Gesellschaft.“

→ [Christian Lindner im WELT-Interview](#)



Gastredner beim diesjährigen Neujahrsempfang der Freien Demokraten in NRW war der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Udo Di Fabio, der die Rolle der Liberalen als Rechtsstaatspartei hervorhob: „Eine solche Partei braucht Deutschland.“ Vor den 1300 Gästen von Partei und Fraktion stellte die FDP-Landtagsfraktion ihre Initiative Bildungssprung.NRW vor. Das Ziel: Die beste Bildung der Welt. „Wenn wir uns heute mit einer mittelmäßigen Bildung zufrieden geben, bedeutet das morgen ein mittelmäßiges Leben“, begründet Fraktionsvize Angela Freimuth die Initiative. Mehr Medienkompetenz und digitale Bildung bilden einen ersten Schwerpunkt der Initiative und sind Gegenstand einer parlamentarischen Initiative sowie eines Schulkongresses am 25. Februar 2016.

→ [Anmeldung, Antrag, Diskussion: Bildungssprung.NRW](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Staatsziel Infrastruktur: Wohlstandsniveau, Entwicklungsperspektiven und Zukunftschancen hängen von der Verfügbarkeit und der Entwicklung leistungsfähiger Infrastrukturen ab – auf der Straße, der Schiene und im Internet. Die FDP fordert, Infrastruktur als Staatsziel in der Landesverfassung zu verankern.

→ [FDP-Antrag: Leistungsfähige Infrastruktur als Staatsziel](#)

Brustkrebs früh erkennen: Das Mammographie-Screening gilt als die derzeit einzig wirksam anerkannte Methodik zur Brustkrebsfrüherkennung. Bislang werden jedoch nur Frauen zwischen 50 und 69 Jahren zum Screening eingeladen. Die FDP fordert die Aufhebung der Altersgrenze. Dadurch soll allen Altersgruppen, die für ein Screening in Frage kommen, eine Untersuchung ermöglicht werden.

→ [FDP-Antrag: Mammographie für alle Altersschichten](#)

WDR-Gesetz überarbeiten: Die FDP fordert eine gründliche Überarbeitung des WDR-Gesetzes, mit dem Ziel, Auftrag und Profil des WDR zu schärfen, Meinungs- und Medienvielfalt zu stärken und politische Einflussnahme einzudämmen.

→ [FDP-Entschließungsantrag: Auftrag und Profil des WDR schärfen](#)

FDP fordert Wende in der Flüchtlingspolitik

Die FDP im Landtag fordert eine Wende in der Flüchtlingspolitik. Die Bevölkerung verliere zunehmend das Vertrauen in die Lösungskompetenzen der Bundesregierung, sagte Fraktionsvize Dr. Joachim Stamp in einer Aktuellen Stunde. Der Satz der Kanzlerin „Wir schaffen das“ sei „eine Anmaßung“, weil ein durchsetzungsfähiges Konzept noch immer fehle. Auch die rot-grüne Landesregierung müsse jetzt Farbe bekennen und dürfe das Asylpaket II nicht behindern oder mit Blockade im Bundesrat drohen.

→ [FDP/CDU-Antrag: Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einstufen](#)

→ [FDP/CDU-Antrag: Werte des Zusammenlebens vermitteln](#)

→ [FDP-Entschließungsantrag: Unterbringungsleistungen der Städte und Gemeinden fair vergüten](#)